

Zeitschrift: Profil : sozialdemokratische Zeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 47 (1968)
Heft: 10

Artikel: Zukunftsgerichtete Politik hilft Gegenwartsprobleme lösen
Autor: Schwertfeger, Richard
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-347396>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 21.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

len! Lassen wir uns etwa bereits selbst durch die mit Hilfe parteifremder Werbefachleute aufgerichtete Bluff-Fassade täuschen? Gross müsste dann unsere Ernüchterung sein, wenn ein erster starker Windstoss die dahinterstehende Wirklichkeit zum Vorschein brächte!

*

Wird unsere Partei die Kraft finden, sich auf den «langen Marsch» zu machen? Oder wird die Bereitschaft dazu erst dann mehr als ein Lippenbekenntnis sein, wenn die Überlebenschancen bereits unrettbar vertan sind? Vieles lässt einen dies befürchten.

Ohne Wagnis ist nichts zu gewinnen, aber alles zu verlieren! Die SP muss ihren Idealen gehorchen und das Neuland betreten! Nur eine gut ausgerüstete Equipe mit guter Moral wird die bevorstehenden Durststrecken, auf denen handfeste Beweise für die Richtigkeit des gewählten Weges ausbleiben, überwinden können!

Die Tage einer Partei aber, die sich nicht mit aller Kraft für die Gewinnung der Jugend einsetzt, sind gezählt. Auch wenn es vielleicht noch recht viele sind, wird sich auf die Dauer doch zeigen, dass eine Partei ohne Jugend eine Partei ohne Zukunft ist.

Richard Schwertfeger

Zukunftsgerichtete Politik hilft Gegenwartsprobleme lösen

1. Ausgangspunkt: die kranke Zürcher Partei

Der Verfasser hat seine «politische Rekrutenschule» in der SP Zürich gemacht, lebt aber schon über sechs Jahre in Lausanne. Es kann ihm nicht gleichgültig sein, was in seiner Vaterstadt auf der politischen Bühne vor sich geht. Sicher ist grundsätzliche Kritik am Platz, zeigen doch die letzten Wahl- und Abstimmungsresultate (und Nicht-Ergebnisse in Ermangelung eines Kandidaten wie bei der Ständeratsersatzwahl) ein eher bemühendes Bild. Wir wollen aber hier nicht kritisieren, sondern versuchen, einen Ausweg in die Zukunft aufzuzeigen.

Die Polarisierung der Partei in zwei Fraktionen, die ich – etwas überspitzt – als «Reklamebüro-Sozialisten» einerseits und «Neo-Ideologen» anderseits bezeichnen möchte, scheint mir weniger auf grundsätzliche Meinungsverschiedenheiten als auf eine verschiedene Grundhaltung gegenüber

den Zukunftsproblemen zurückzuführen sein, wenn wir einmal das in der Politik unvermeidliche Menschlich-Allzumenschliche auf der Seite lassen. Da bei allen an den Diskussionen der letzten Monate Beteiligten aber der ehrliche Wille zu einer besseren Zukunftserkenntnis erkennbar ist, scheint der Graben zwischen beiden Gruppen überbrückbar, und das zerschlagene Porzellan dürfte sich ohne Menschenjagden und Kopfjägerei flicken lassen.

2. Prospektive als Mittel der Zukunftserkenntnis

Der Kern des Zukünftigen ist immer schon in der Gegenwart enthalten. Prospektive Haltung bedeutet, diesen Kern herauszuschälen und durch selbständiges, im besten Sinne nonkonformistisches Denken – bar der Routine und der etablierten Denkschablonen – weiter zu entwickeln. Das so gewonnene Bild der Zukunft – vielleicht von 1980 oder 1985 – projizieren wir anschliessend auf unsere Gegenwart von 1968 zurück. Dadurch erhalten wir neue Kriterien zur Beurteilung politischer Ziele, Postulate und Entwicklungstendenzen. Wir erkennen, welche Ziele und Forderungen zukunftsgerichtet sind und welche mit der jetzt an leitender Stelle stehenden Generation ins Grab sinken werden. Das bedeutet, praktisch gesehen, dass wir uns schon heute darüber Gedanken machen müssen, welche Forderungen wir im Jahre 1975 erheben werden, und mit welchen Mitteln wir sie vertreten werden. Unter diesem Gesichtswinkel erweist sich die kurzfristig orientierte Motivforschung, selbst wenn sie von sehr kompetenten Instituten vorgenommen wird, als etwas hoffnungslos Rückständiges. Politische Ziele realisieren sich nur noch auf sehr lange Frist. Bestreitet man aber diese langfristige Funktion der Politik, so röhrt man an ihre Wurzel. Statt einer «Entideologisierung» erreicht man die Liquidation der Politik überhaupt und ihre Abwertung zur reinen pöstlich schaffenden und – statt zielgerichteten – affektgeladenen Verwaltung.

Konservatives, auf Beharrung gerichtetes Verwaltungsdenken und prospektives Denken vertragen sich wie Feuer und Wasser. Eine Bewegung, in der diese gegensätzlichen Denkverhalten mit Gewalt aufeinanderstossen, droht innerhalb einer Generation zu «verdampfen», wenn nicht das prospektive über das administrative Denken die Oberhand gewinnt. Ist es einmal so weit – und bei einigen politischen Organisationen und Wirtschaftsverbänden unseres Landes zeichnen sich solche Tendenzen zur Abkapselung vor der Zukunft ab –, dann hilft auch der festeste Public-Relations-Auftrag an die fähigsten Motivforscher nicht mehr über das kommende Debakel hinweg. In der Einstellung zur Zukunft scheiden sich Geister und Wege.

3. Die soziologische Komponente

Die Leser des «Profils» können selber ihre Schlüsse aus der letzten Studie von Prof. Dr. James Walter ziehen. Die Haupttendenzen sind klar: Im Jahre 1985 werden die Industriearbeiter vielleicht noch 20 Prozent der erwerbstätigen Bevölkerung stellen; die meisten von ihnen werden bereits als Angestellte beschäftigt werden. Auf jede Arbeitskraft in der Produktion entfallen drei, vier oder fünf in Beschaffung, Absatz, Rechnungswesen und Planung, Forschung und Entwicklung. In vielen Betrieben wird sich nur noch eine Minderheit des Personals mit der Gegenwart befassen, die Mehrheit aber mit der näheren und ferneren Zukunft: Schaffung neuer Märkte, Produkte, Methoden. Sie werden auch in der Politik nicht mehr gewillt sein, sich mit Lappalien zu beschäftigen. Sie werden statt einjähriger Budgets langfristige Finanzpläne, statt einzelner Strassenbaukredite komplexe Verkehrs- und Transportpläne beurteilen können und wollen. Schwere soziale Folgen werden für jene nicht ausbleiben, die dem neuesten Stand von Wissenschaft und Technik nicht mehr folgen können. Gewiss schaffen viele Dienstleistungsbetriebe neue Arbeitsplätze, aber das Gespenst einer technologischen Arbeitslosigkeit für die «Ungelernten» scheint nicht gebannt, und auch viele Berufsleute und «Vorgesetzte» werden sich nur durch mehrmaligen Berufs- und Wohnsitzwechsel ihre Existenz sichern können. Die grundlegende Existenzsicherung durch den Staat wird ihre Bedeutung keineswegs verlieren. Volkspension und Recht auf Arbeit werden auch 1985 noch aktuell sein.

Eine Partei, die ihre Politik weitgehend auf die Gegenwartsforderungen der Industriearbeiterschaft von 1968 ausrichtet, muss bis 1985 eine Schrumpfung um etwa 50 Prozent durchmachen. Nehmen wir an, dass die Gunst des öffentlichen Personals der SP erhalten bleibt, so ist vielleicht mit einem Stimmen- und Mitgliederrückgang um 15 bis 20 Prozent zu rechnen. Diese Lücke kann nur durch die Interessierung neuer Bevölkerungsschichten – der Techniker, des technisierten Büropersonals, der in allen Dienstleistungen Beschäftigten sowie der «Intelligenz» – einschliesslich der Studenten – geschlossen werden. Ein gewisser Ausgleich ergibt sich automatisch durch die Verlängerung der Lebenserwartung, wodurch die fällige strukturelle Erneuerung vorübergehend aufgeschoben werden kann. Die Altersgliederung vieler deutschschweizerischer Parteisektionen bildet aber schon jetzt ein wahres Menetekel. Wie soll eine Rentnerpartei Zukunftsprobleme erkennen und lösen können?

Ein Tabu, das demnächst auch einmal berührt werden muss, ist das Verhältnis zum Schweizerischen Gewerkschaftsbund und seinen Verbänden. In zwanzig Jahren wird die Wirtschafts- und Sozialpolitik der Partei eine völlig andere Grundlage haben müssen, da die Arbeitergewerkschaften dann nur noch einen sehr kleinen Teil der Bevölkerung vertreten werden – es sei denn, sie würden langsam zu Angestelltenorganisationen, die auch

die Techniker und einen Teil der Führungskader anzusprechen vermögen. Wie es zurzeit um die Regenerationsfähigkeit der Gewerkschaften steht, muss ich den Gewerkschaftskollegen zur Beurteilung überlassen. Ich finde, dass gerade bei ihnen eine grosse Gefahr besteht, auf Grund kurzfristiger Ziele die langfristige Optik aus dem Gesicht zu verlieren – denken wir etwa an die Solidaritätsbeiträge der Nichtorganisierten! Wie wird sich die Situation einmal stellen, wenn der Grossteil der Arbeitnehmer seinen Beruf und seinen Arbeitsplatz alle paar Jahre wieder wechseln müssen? Dabei haben wir in der Schweiz das grosse Glück, dass sich die Gewerkschaften – im Gegensatz etwa zu England – der technischen Entwicklung nie in den Weg gestellt haben. Sie haben eine gute Chance, sich im Strukturwandel der nächsten zwanzig Jahre zu behaupten – wenn sie wollen! Wir sind aber persönlich davon überzeugt, dass die Behauptungschancen der politischen Organisation durchweg besser sind, wenn das neue Denken zum Durchbruch gelangt.

4. Die SP in der politischen Landschaft

Sowohl Durchschnittsalter wie heutige Berufsgliederung der SP-Mitglieder deuten darauf hin, dass die Partei ein fester Bestandteil der politischen Landschaft und damit des schweizerischen «Establishment» ist. Ihre Mitglieder sind fast ausschliesslich über viele Jahre sesshafte, ihrem Arbeitsplatz und ihrer Parteizeitung treue und durch zahlreiche weitere Vereinsmitgliedschaften mit ihrer Umwelt eng verbundene, bewusste Staatsbürger. Sie bilden somit, gerade weil ihre teilweise Ablehnung der bestehenden Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung politischer Natur ist und sie deren Veränderung mit Mitteln des demokratischen «Establishment» erstreben, den denkbar grössten Gegensatz zur «neuen Linken» der Krakeeler und Protestdemonstranten. Nicht nur opportunistische Erwägungen (geringe Zahl der «neuen Opposition»), sondern grundsätzliche politische Überlegungen lassen deshalb Bemühungen um den «verlorenen Hauften» von der Bahnhofbrücke wenig sinnvoll erscheinen. Zudem wird er über kurz oder lang vom sehr assimilationsfähigen «Establishment» an- und aufgesogen werden. Die SP wird sich deshalb in ihrem eigenen Interesse an alle jene Bevölkerungskreise wenden, die mit beiden Füssen auf dem Boden stehen, sich im Berufsleben bewähren, ihrer gesellschaftlichen Umwelt aber kritisch gegenüberstehen und ihre Zukunft bewusst gestalten wollen. Als «Partei der Zukunftsbesussten», der «Gesellschaft von morgen», der «sozialen Transformation», aber nicht der Negierung des Bestehenden, hat die SP die Chance, die Zukunft unseres Landes zu formen. Dabei sollen wir keine Angst vor der Utopie haben; was heute noch Utopie ist, kann morgen schon Wirklichkeit sein – ein Grundsatz, der den Sozialisten des 19. Jahrhunderts besser vertraut war als vielen ihrer kommunal- und standespolitisch orientierten Nachfahren. Diesen können wir leider

heute den Vorwurf nicht ersparen, sie hätten das Postulat einer gesellschaftlichen Gesamtschau – und damit, zweifellos, einer von einer zukunftsgerichteten Ideologie geprägten Politik – straflich vernachlässigt, mit den Folgen, die wir kennen.

Die Alternative lautet deshalb nicht: «Moderne Parteiarbeit» oder «Reideologisierung», sondern Politik mit den Mitteln und Erkenntnissen der Gegenwart zugunsten der Zukunft. Und nun, Ihr «Neo-Ideologen»: Haben Marx und Engels etwas anderes erstrebt?

Dr. Richard Lienhard

Für eine wirksamere Bekämpfung der Verkehrsdelikte

Fahrverbot statt Freiheitsstrafe als Sanktion gegen Verkehrsdelikte

Vorbemerkung

Es ist an der Zeit, dass in unserer Zeitschrift auch Rechtsprobleme zur Diskussion gestellt werden. Deshalb begrüssen wir den in Nr. 9 veröffentlichten Beitrag des jungen Rechtsanwalts Peter Albrecht. Recht und Politik sind untrennbar miteinander verbunden. Dies gilt ganz besonders für Politik und Strafrecht.

Das Schweizerische Strafgesetzbuch wurde einst nicht zu Unrecht im Ausland als fortschrittlich und deshalb als vorbildlich beurteilt. Wer nun aber das Ringen um die Strafrechtsreform in der Bundesrepublik Deutschland verfolgt, muss sich fragen, wie lange wir es uns noch leisten können, mit unserem Strafgesetzbuch auf den Lorbeeren auszuruhen. Auch bei uns stellt sich nicht nur die Frage nach der Reform der Bestimmungen über den Strafvollzug. Auch das materielle Strafrecht muss in die Reformbestrebungen einbezogen werden. Die Forderung nach Reform des Strafrechts ist so alt wie das Strafgesetzbuch selbst. Auf keinem Gebiet wie gerade hier muss die vorwitzige Frage eines unbekannten Schusterjungen Geltung haben: «Meister, die Arbeit ist fertig, soll ich sie gleich flicken?»

Leider ist in unserem Lande das konservative Lager kaum der Meinung, dass die Reform unseres Strafrechts so rasch auf die Tagesordnung gebracht werden sollte. Bedauerlich ist aber auch das Versagen der liberalen Kräfte, die einst als Pioniere für ein fortschrittliches Strafrecht galten. Um so mehr fällt es den Sozialisten zu, sich der liberalen Wurzel des Sozialismus zu erinnern, um dazu beizutragen, dass die Strafrechtsreform auf der